

„Israel ist kein Apartheid-Regime“

Zum Israel-Palästina-Konflikt

Wilhelm Maier und Sonja Aurbrecht ergreifen in ihrem Leserbrief (*Haller Tagblatt vom 4. Januar, Anm. d. Red.*) entschieden Partei für die palästinensische Seite. Sie folgen darin konsequent dem Argumentationsmuster der BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), die seit 2005 in regelmäßig wiederkehrenden Aktionen massiv gegen den Staat Israel hetzt, um ihn wirtschaftlich, kulturell und politisch zu isolieren.

Hinter der Fassade einer „legitimen Kritik an Israel“ verbirgt sich allzu oft blanker Antisemitismus. Dabei wird immer wieder gerne die Zuschreibung „Apartheid-Regime“ benutzt: Israel als rassistischer Unrechtsstaat wie Südafrika in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts.

Israel als Apartheid-Regime zu bezeichnen, ist jedoch schlichtweg falsch. In Südafrika ging es um die Dominanz einer weißen Minderheit über alle anderen Bevölkerungsgruppen, die in einer vom Staat festgelegten und organisierten Rassentrennung ihren Ausdruck fand. Damals gab es keine schwarzen Politiker oder schwarze Richter, Mischehen waren verboten, selbst die Benutzung von Bussen, Parks und öffentlichen Toiletten war durch Apartheid-Gesetze geregelt.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt dagegen geht es um Land, die Sicherheit von Grenzen und um die Staatlichkeit zweier Nationen. Während in Südafrika der Erfolg oder Misserfolg eines Lebens einzig und alleine durch die Rasse bestimmt wurde, haben in Israel arabische und jüdische Bürger dieselben Rechte. Dazu ein Zitat aus Wikipedia: „Arabische Israelis sind den Gesetzen nach gleichberechtigte Staatsbürger. Sie besitzen oft

umfassendere bürgerliche Rechte als Palästinenser in den umliegenden Staaten wie dem Libanon und Syrien, darunter das Wahlrecht und weitere demokratisch-gesellschaftliche Freiheiten. Dies gilt insbesondere für arabisch-israelische Frauen.“

Die Autoren behaupten, „sich unvoreingenommen mit der Geschichte Israels und Palästinas“ beschäftigt zu haben. Hätten sie das wirklich getan, wäre ihnen vielleicht aufgefallen, dass nicht Israel eine Politik der Apartheid betreibt, sondern vielmehr die Israel umgebenden arabischen Staaten. So können zum Beispiel Palästinenser im Irak, in Ägypten, im Libanon, in Tunesien, in Saudi-Arabien und in Kuwait keinen Antrag auf Einbürgerung stellen. Leichter bekommen sie die Kanadische oder US-Amerikanische Staatsbürgerschaft. Jüngstes Beispiel staatlicher Diskriminierung ist der Irak, wo durch ein Gesetz die dort teilweise seit Jahrzehnten lebenden Palästinenser daran gehindert werden, ihr Recht auf Bildung und Versorgung im Krankheitsfall auszuüben. Dieses Gesetz verwehrt es den Palästinensern außerdem, Reisedokumente zu erwerben und im Staatsdienst zu arbeiten.

Auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung wird Antisemitismus als Weltanschauung definiert, „die in der Existenz der Juden die Ursache aller Probleme sieht“. Manche BDS-Vertreter bestreiten das Existenzrecht Israels und wollen diesen Staat abschaffen. Ob das Autorenduo dazugehört, bleibt ungewiss. Mich jedenfalls überzeugt es nicht, wenn sie am Ende des Briefes auffällig unauffällig betonen, ihre Kritik an der Politik des Staates Israel sei kein Antisemitismus.

Michael Schuch
Michelbach/Bilz